

ANTRAG

Gremium: Landesausschuss

Beschlussdatum: 20.09.2025

Tagesordnungspunkt: TOP 06 Antragsberatung

A1: JuLeiCa-Teilnahmebeitrag

- 1 Der Landesverband Baden-Württemberg führt regelmäßig JuLeiCa Schulungen für die
- 2 Fortbildung und Professionalisierung der Ehrenamtlichen, die für die Falken
- 3 pädagogische Verantwortung übernehmen, durch.

- 4 Für diese Schulungen wird in Zukunft ein Teilnahmebetrag erhoben, wie dies für
- 5 andere Seminare und Ähnliches bereits der Fall ist. Genoss*innen, denen es
- 6 finanziell nicht möglich ist, den Teilnahmebeitrag in Teil oder Gänze zu zahlen,
- 7 wird die Teilnahme weiterhin ermöglicht, wie dies bei allen anderen Maßnahmen
- 8 des Landesverbands der Fall ist.

ANTRAG

Gremium: Landesausschuss

Beschlussdatum: 20.09.2025

Tagesordnungspunkt: TOP 06 Antragsberatung

A2: Gegen die Kriegstüchtigkeit: Auch wir wollen nicht für Deutschland kämpfen

Wer sich gegen Krieg, Aufrüstung, die Wiedereinführung der Wehrpflicht, kurz: den erstarkenden Militarismus in der deutschen Gesellschaft ausspricht, hat momentan wenig zu lachen. In Talkshows wie im Privaten scheint immer klar zu sein: Wer gegen die gewaltvolle Durchsetzung deutscher Interessen in der Welt etwas vorzubringen hat, der ist der eigentliche Feind.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird inzwischen selbst bis in die Reihen von SPD und Grünen hinein gefordert und als Notwendigkeit dargestellt. Der Bundestag hat jüngst - nachdem bereits 2022 das größte Aufrüstungspaket nach dem zweiten Weltkrieg in Höhe von 100 Milliarden beschlossen wurde - noch einmal nachgelegt: Ab sofort sind Militärausgaben, die 1% des BIP übersteigen für immer von der Schuldenbremse ausgenommen. Das heißt nichts anderes als, dass eine zynische linke Binsenweisheit jetzt staatliche Rechtslage ist: Für die Rüstung ist immer Geld da, uns setzen sie die Schuldenbremse vor.

Immer öfter sind es auch Teile der linken Szene, die in die Rufe nach Wehrhaftigkeit Deutschlands im "Kampf gegen den Faschismus" und zur „Verteidigung von Demokratie und Freiheit“ mit einstimmen.

In einer allgemeinen Aufrüstungseuphorie haben wir uns als Verband immer als eine von wenigen antimilitaristischen Stimmen in die Debatte eingebracht. Besonders im Rahmen des Ukrainekriegs haben wir nach kontroverser Diskussion Beschlüsse gefasst, die klargemacht haben, dass es eine sozialistische Perspektive auf Konflikte gibt, die das Verheizen von Menschen für die Interessen der jeweiligen Staaten kritisieren kann, ohne sich dabei parteiisch auf die Seite irgendeines Staates zu stellen. Diese Haltung bekräftigen wir ein

24 weiteres Mal.

25 *“Wir brauchen all eure Klugheit.”*

26 Die erste und banalste Wahrheit über Kriege ist die relevanteste: Im Krieg wird
27 getötet und gestorben.

28 Allein diese Tatsache könnte ausreichen für eine Gegnerschaft zu Krieg und
29 Militarisierung. Wir wollen eine bessere Welt für alle Menschen erkämpfen. Wir
30 sind überzeugt davon, dass wir um ein besseres Leben zu schaffen die Kreativität
31 und das Können aller Menschen unserer Klasse brauchen. Der Krieg ist überdies
32 eine unglaubliche Verschwendung menschlicher Arbeitskraft, die für so viel
33 besseres eingesetzt werden könnte, und trägt im erheblichen Maß zur
34 voranschreitenden Zerstörung unseres Planeten durch immer “wirkungsvollere” und
35 “effizientere” Waffensysteme bei.

36 Gegen das Sterben- und Töten-müssen unserer potentiellen Genoss*innen, gegen die
37 Verrohung und Zerstörung, dagegen wollen wir uns wehren.

38 *Warum gibt es überhaupt Krieg?*

39 Kriege auf deutschem Staatsgebiet kennen wir zwar aus eigener Erfahrung nicht
40 mehr, jedoch sind Kriege in der Welt keineswegs eine Seltenheit. Das verwundert
41 uns auch nicht, denn wir wissen, dass Kriege in der kapitalistisch organisierten
42 Welt von Nationalstaaten strukturell angelegt sind:

43 Der bürgerliche Staat ist zum Erhalt seines Machtanspruches auf kapitalistisches
44 Wachstum angewiesen. Er tritt also als ideeller Gesamtkapitalist für den Erfolg
45 der kapitalistischen Wirtschaftsweise an sich ein. Da kapitalistisches Wachstum
46 nicht an staatlichen Grenzen Halt macht, hat der Staat ein Interesse daran, das
47 Staatsgebiet eines anderen Souveräns für seine Kapitalistenklasse und deren
48 Wachstum zugänglich zu machen. Dies lässt sich oft erreichen mit Diplomatie
49 und/oder dem Abschluss von Handelsverträgen. Durch solche Handelsverträge
50 beispielsweise macht sich der Staat ihm fremdes, einem anderen Staat gehöriges,
51 Gebiet für das eigene kapitalistische Wachstum nutzbar.

52 Doch immer wieder kommt es dazu, dass der andere die Nutzbarmachung nicht oder
53 nicht mehr hinnehmen will. Dann steht der direkte Gewaltvergleich der souveränen
54 Staaten untereinander an, für den sie die Ressourcen nutzen, die ihnen zur
55 Verfügung stehen: Geld und Menschen.

Dieses Interesse von Staaten – die Durchsetzung kapitalistischen Wachstums zum eigenen Machterhalt – ist die Ursache des Kriegs.

Im Krieg geht es nicht um die Verteidigung von Familie, Freunden, dem eigenen Leben, der Heimat oder eigenen Idealen. Im Krieg geht es um die Frage der Durchsetzung der Herrschaftsansprüche kapitalistischer Nationalstaaten gegeneinander. Und dafür werden Soldat*innen verheizt, Zivilist*innen getötet, Infrastruktur zerstört und Landschaften zerbombt. Der einzelne Mensch tritt nicht mehr als Individuum, sondern nur noch als Material in den Kriegskalkulationen seines jeweiligen Staates auf. Der Widerspruch zwischen Staat und Bevölkerung tritt so deutlich zutage wie selten: Die eine Seite will überleben, die andere Seite das Leben der eigenen Bevölkerung zur Verteidigung staatlicher Herrschaftsansprüche einsetzen.

Dafür wollen wir uns nicht hergeben, werden physisch noch ideologisch.

Lasst die hohen Herr'n sich selber schlagen

Diese Gesellschaft ist nicht für uns eingerichtet. Kinderarmut, Wohnungslosigkeit, Kürzungen in der Jugendarbeit und die Sanktionierung von Bürgergeldempfänger*innen fallen nicht einfach vom Himmel, sondern sind Produkt der Art und Weise, wie hier produziert wird: Eben nicht für die Bedürfnisse der Menschen, sondern für die Vermehrung von Kapital. Als sozialistischer Verband ist dieser Fakt für uns nichts neues, wir wollen ihn an dieser Stelle aber nochmal festgehalten: Warum für eine Gesellschaft sterben und töten, die nicht die unsere ist?

Der liberale Einwand dagegen ist einfach: „Mag sein, dass diese Gesellschaft nicht perfekt ist - aber in diesem Land herrscht wenigstens Demokratie“. Das ist erstmal richtig, trotzdem taugt dieser Fakt noch lang nicht als Grund, sich für diese Gesellschaft totschießen zu lassen. Denn diese Demokratie ist eben auch eine Herrschaftsform, der Gewalt ebenso wenig fremd ist, wie einer Diktatur. Wir wissen selbst am besten, dass Linke nicht auf den Faschismus warten müssen, um nicht mehr sagen zu dürfen, was sie denken, mit Berufsverboten belegt zu werden oder in den Knast geworfen zu werden. Die bürgerlichen Freiheiten dieser Gesellschaft gelten genau so lange, wie eine Linke nicht zu einer existenziellen Bedrohung für den Herrschaftsanspruch des Staates und seine erfolgreiche kapitalistische Wirtschaftsweise wird.

Und für diese Gesellschaft, für diese staatlichen Zwecke wollen wir eben nicht zur Waffe greifen. Wir können im Krieg nur verlieren, im schlimmsten Fall unser Leben.

92 *Deutsche Waffen ...*

93 Auf Basis dieser Analyse wollen wir uns jetzt der BRD zuwenden: Was heißt das
94 für uns konkret?

95 Der deutsche Staat organisiert die Absicherung seines Herrschaftsanspruchs nach
96 innen wie nach außen auf zwei Arten: Zum einen leistet er sich eine dauerhafte
97 Armee, die Bundeswehr, zum anderen ist er Mitglied in der NATO.

98 Die Bundeswehr wird aktuell hochgerüstet um die deutsche Gesellschaft
99 „kriegsfähig“ zu machen. Wir lehnen diese Kriegsfähigkeit und jede
100 Militarisierung der Gesellschaft ab. Wir wollen keine Bundeswehr in den Schulen,
101 auf Ausbildungsmessen oder auf Social-Media. Wir positionieren uns klar gegen
102 das Geraune nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht. Unser Ziel ist auch keine
103 Bundeswehr „die nur zur Landesverteidigung fähig ist“, wie sie die Linkspartei
104 fordert – wir wollen gar keine Bundeswehr mehr.

105 Dabei ist uns bewusst, dass Armeen aktuell von Staaten sehr wohl gebraucht
106 werden um sich in der internationalen Konkurrenz im Zweifel militärisch
107 durchsetzen und behaupten zu können. Das ist aber kein Argument für die
108 Notwendigkeit von Armeen, sondern eines gegen die Perversion dieser
109 Gesellschaft.

110 Die NATO ist ein Militärbündnis von nordatlantischen Staaten, das gegründet
111 wurde um den Hegemonieanspruch des kapitalistischen Westens gegen den Ostblock
112 durchzusetzen. Auch mit dem Zusammenbruch des Ostblocks besteht dieses Ziel der
113 Durchsetzung kapitalistischer Interessen gegen alle Staaten, die sich nicht der
114 Hegemonie des Westens beugen wollen in einem zivilen, wie auch explizit in einem
115 militärischen Sinne weiterhin. Im Wissen darum, dass das Verheizen lassen für
116 den Kapitalismus auch nicht besser wird, wenn man sich anstatt für einen
117 einzelnen gleich für ein ganzes Bündnis aus Staaten verheizen lässt, lehnen wir
118 auch die NATO ab.

119 Aus all diesen Gründen wollen wir nicht für Deutschland in den Krieg ziehen. Wir
120 sind überzeugt davon, dass wir, um ein besseres Leben zu schaffen die
121 Kreativität und das Können aller Menschen unserer Klasse brauchen. Darum heißt
122 unsere Parole auch nach über 120 Jahren weiterhin: Nie, nie wollen wir Waffen
123 tragen! Hoch die internationale Solidarität!

ANTRAG

Gremium: *Landesausschuss*

Beschlussdatum: *20.09.2025*

Tagesordnungspunkt: *TOP 06 Antragsberatung*

A3: Unterstützung der großen Friedensdemonstration am 3. Oktober

1 Der Landesverband unterstützt die große „Die Waffen nieder - Nie wieder Krieg“
2 Demonstration am 3. Oktober in Stuttgart und explizit auch den geplanten
3 Jugendblock. Gerade in Zeiten zunehmender Militarisierung finden wir es
4 wichtig sich mit anderen Organisationen zusammenzutun, zu vernetzen und
5 auszutauschen, vor allem, da wir im Moment positive Beispiele solcher Vernetzung
6 in anderen Städten und Bundesländern beobachten können. Zur Demonstration und
7 dem Jugendblock soll beispielsweise auf den sozialen Medien durch unsere
8 Accounts mobilisiert werden.

ANTRAG

Gremium: Landesausschuss

Beschlussdatum: 20.09.2025

Tagesordnungspunkt: TOP 06 Antragsberatung

A4: PSG-Schulungen vor Maßnahmen & Zuständigkeit

1 Der Landesverband organisiert jährlich ein Tagesseminar zur Prävention
2 sexualisierter Gewalt auf Maßnahmen des Verbandes, das sich an alle richtet, die
3 PSG-Verantwortung bei Veranstaltungen in den Gliederungen oder auf Landesebene
4 übernehmen oder übernehmen wollen. Dieses Seminar wird von den PSG-
5 Ansprechpersonen mit Unterstützung von Landesvorstand und Büro geplant und
6 durchgeführt.

7 Darüber hinaus wird darauf geachtet, dass PSG-Verantwortung nach Möglichkeit
8 nicht von Personen übernommen wird, die im geschäftsführenden Landesvorstand
9 sind oder bei der Maßnahme Leitungsverantwortung tragen, um Doppelrollen und
10 Überlastung zu vermeiden.

ANTRAG

Gremium: *Landesausschuss*

Beschlussdatum: *20.09.2025*

Tagesordnungspunkt: *TOP 06 Antragsberatung*

A5: Öffentlichkeitsarbeit

1 In unserer Öffentlichkeitsarbeit werden Politiker*innen, Parteien, Verbände und
2 Organisationen, die Politik gegen uns machen oder vertreten, nicht positiv und
3 nicht ohne Kritik repräsentiert.

4 Unter „Politik gegen uns“ verstehen wir insbesondere aber nicht ausschließlich
5 Unterstützung und Aussprache für:

- 6 • Wehrpflicht
- 7 • Abschiebungen
- 8 • Kürzungen von Sozialleistungen

ANTRAG

Gremium: *Landesausschuss*

Beschlussdatum: *20.09.2025*

Tagesordnungspunkt: *TOP 06 Antragsberatung*

A6: Finanzbericht

- 1 Auf zukünftigen Landesverbandsgremien LaKo LA soll mind einmal im Jahr ein
- 2 Finanzbericht vorgelegt werden aus dem verständlich die allgemeine
- 3 Finanzsituation des Verbandes hervorgeht sowie worauf diese zurückzuführen ist.
- 4 Zur Finanzierung von Maßnahmen von Ortsgruppen unterstützt das Büro gerne auf
- 5 Nachfrage.